

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 19 (1978)
Heft: 21

Artikel: Mit Freundbild gegen Feindbehandlung? : Das schwierige Problem, den Westen auch politisch zu verteidigen
Autor: Handlery, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094145>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das schwierige Problem, den Westen auch politisch zu verteidigen

Mit Freundbild gegen Feindbehandlung?

Georg Handlery zu einem amerikanischen Anfang westlicher Selbstbesinnung

Seit Carter ist es ein bisschen anders geworden. Bis dahin hatte sich im Westen die Sitte eingebürgert, aus Dankbarkeit für die Unterlassung des ganzen Krieges die Führung des politischen Krieges dem Sowjetlager als ausschliessliche Domäne zu überlassen.

Die Vergangenheitsform darf nicht zur durchaus falschen Schlussfolgerung verleiten, das alles sei nun passé. Im Gegenteil, solche Einstellungen prägen noch immer einen dominanten Teil der veröffentlichten Westmeinung. Die Menschenrechtspolitik des Weissen Hauses hat aber immerhin eine Anfechtung gebracht und die eingewohnten Verhaltensmuster publikumswirksam in Frage gestellt. Die Ungnade der angetupften Ostpolitiker und Meinungsmacher hat natürlich ihrerseits ebenfalls wirksame Ausmasse angenommen, und Carters Politik, von verschiedenen Seiten mit ganz unterschiedlichen Begründungen unter Beschuss genommen, wird vom westweiten Beschwichtigungslobby ganz besonders systematisch verrissen. Man spricht fleissig von «Dilettantismus» und «Widersprüchen».

Aber die Notwendigkeit, sich dem gegnerischerseits ohne

hin geführten politischen Krieg endlich überhaupt zu stellen, ist in den letzten Jahren zunehmend von Leuten erkannt worden, denen niemand «ostpolitische Un- erfahrenheit» oder «verfehlten Idealismus» vorwerfen kann. Männer der wissenschaftlichen Forschung so gut wie der politischen Praxis haben (namentlich in den USA) dringende Warnungen ausgesprochen, die gründlich belegt und argumentiert sind. Vielleicht hat eine weitere Öffentlichkeit gerade deshalb Mühe bekundet, sie anders als mit ausgelagerten Schablonen («Falken», «Scharfmacher», «kalte Krieger») zur Kenntnis zu nehmen.

Wir wollen heute eine kritische Lageanalyse des Westens anhand der gebündelten Aussage berufener Warner vornehmen. Das betreffende Buch* ist in den USA erschienen und trägt somit «nur» den Titel «Defending America». Aber weil die meisten Motive — mutatis mutandis oder auch ganz direkt — sehr wohl übertragbar sind, dürfen wir das getrost so übersetzen: Den Westen verteidigen. Was als Forderung zu verstehen ist, der man bis jetzt auf zu vielen Ebenen nicht nachkommt.

Der Sammelband darf schon wegen der Mitwirkung prominentester Kenner von Sicherheitsfragen entsprechende Aufmerksamkeit beanspruchen. Und dazu kommt noch der Zusammenhang der einzelnen, an sich voneinander unabhängig verfassten Beiträge: Sie ergänzen einander mit einer schon fast unbarmherzigen Logik. Die fachbezogenen Analysen wirken zusammen zu einer Stellungnahme von politischem Rang.

Die Fragen von Sicherheit, Rüstungsbeschränkung und Entspannung werden oft als Ausfluss von technischen Eigenschaften bestimmter Waffensysteme behandelt. Aber das Grundproblem ist politischer Natur.

Soweit es um das materielle Potential geht, sind die machtpolitischen Möglichkeiten der USA (wie die des Westens) gar nicht so klein. Die un-

* H. Monroe Browne (Herausgeber): «Defending America». Basic Books, New York 1977, 225 Seiten. Mit einem Vorwort von James Schlesinger.

Autoren: Robert Conquest, Theodore Draper, Gregory Grossman, Walter Laqueur, Edward Luttwak, Charles Burton Marshall, Paul Nitze, Norman Polmar, Eugene Rostow, Leonard Schapiro, Paul Seabury, W. Scott Thompson, Albert Wohlstetter.

übersehbaren Schwächen der real existierenden ersten Welt lassen sich — darüber sind sich unsere Sachverständigen einig — zur Hauptsache auf innere Ursachen zurückführen. Die Bedrohung rührt nicht so sehr von der Macht der Sowjetunion als vielmehr vom mangelnden Willen des Westens zur Selbstbehauptung.

Aussenpolitik als Konfliktverneinung?

Man mag es als Axiom auffassen, dass ein demokratischer Staat auch seine Aussenpolitik nach demokratischen Spielregeln zu führen hat. Aber wenn diese von einem Partner oder Gegenspieler missachtet werden, der seinerseits auf keinerlei demokratische Strukturen Rücksicht zu nehmen hat, lassen sie sich nicht mehr durchsetzen. Darin liegt eine primäre Herausforderung. Wie stellt man sich ihr?

Aber zuvor kommt die Frage, ob man sich ihr stellt. Laut Marshall (S. 89—90) gründet die amerikanische Vernunftphilosophie auf der Annahme, Frieden und Gleichgewicht seien der natür-

liche Zustand der physikalischen und («daher») der politischen Welt.

James Schlesinger, der amerikanische Verteidigungsminister von 1973 bis 1975, formuliert es analog: «In den USA hält man die Stabilität im internationalen Leben für ebenso natürlich wie in den inneren Angelegenheiten.» (Vorwort, S. XI) Zu Zeiten eines «formellen Friedens» ständig an die Notwendigkeit eines Krieges zu denken, widerspricht den kollektiven Erfahrungen der Amerikaner (Marshall, S. 82—83).

Gegenüber totalitären Regimes, die ihrerseits den Konflikt als Normalzustand ansehen, wirkt sich das Denken in solchen Kategorien als Nachteil aus. Die Schwäche der USA liegt im politischen Krieg (Seabury, S. 238), und zwar schon deshalb, weil sein blosses Bestehen so schlecht zu ihren Grundvorstellungen passt; sie vermögen kaum daran zu glauben.

Weit verbreitet ist zudem das Gefühl, «im Notfall können wir immer noch». Es zeigt sich etwa in dem, was man als «Erlebnis von Pearl Harbor» bezeichnen könnte. Dort zerschlugen die Japaner 1941 die unvorbereitete Pazifikflotte der USA.

Diese hätten sich danach theoretisch den Angriffen beugen müssen. Statt dessen zauberten sie zu Tokios Ueberraschung Armeen und Flotten sozusagen aus dem Nichts hervor und siegten. Als Fazit ergab sich eine «Bestätigung» des populären Vorurteils, man könne alles verkraften, wenn es «wirklich» darauf ankomme. Und unterschiedlich reiht man damit das übrige Geschehen in den Bereich des Unwirklichen ein.

Die USA glauben, dass sich die Gesetze der politischen Not überwinden lassen (Seabury, S. 239), und in diesem Sinne (so Thompson, S. 26—27) «ziehen sich die Amerikaner ungeduldig von ihren Misserfolgen zurück», die sie als «unwichtig» hinstellen. Es ist für Seabury symptomatisch, dass Nixons Entspannungspolitik und die Art, wie Vietnam ad acta gelegt wurde, kaum eine Anpassung etwa an eine «neue internationale Lage» darstellten. Viel eher wurden die Verpflichtungen der USA dem angepasst, «was die innenpolitischen Zustände tragbar machte».

Entspannung und politischer Krieg

Die Autoren scheinen sich darin einig zu sein, dass die Détente-Politik in ihrer bisherigen Handhabung nicht so sehr eine Sicherheitsmassnahme bedeutet als vielmehr eine Konzession an politische Illusionen.

Der sowjetische Missbrauch der Entspannung durch Salt als Deckmantel für ihre Aufrüstung lässt sich nachweisen. An den Belegen zur Sache fehlt es also nicht. Hingegen besteht die Schwierigkeit darin, die Öffentlichkeit und erst recht die popularitätssuchenden Eliten dahin zu bringen, dass sie die Konsequenzen ziehen.

Die Entspannung durch Salt hätte ein politisches Instrument zur Wahrung lebenswichtiger Interessen werden sollen. Aber man suchte aus ihr eine Glaubensformel zu machen, welche es erlaubte, die Symptome einer realen Konfrontation nicht wahrzunehmen. Bei einer Analyse der Détente in ihrem real existierenden Zustand erweist es sich, dass sie nur in geringem Masse auf den Fakten des internationalen Lebens beruht. Um sie zu verstehen, ist es wichtiger, den Bewusstseinszustand jener zu untersuchen, die eigentlich auf die Tatsachen reagieren sollten.

Die Autoren entlarven die Entspannung als Selbstziel und als Scheingarant der Sicherheit. Détente und Salt sind nur dann zu rechtfertigen, wenn sie die Sicherheit der Beteiligten erhöhen.

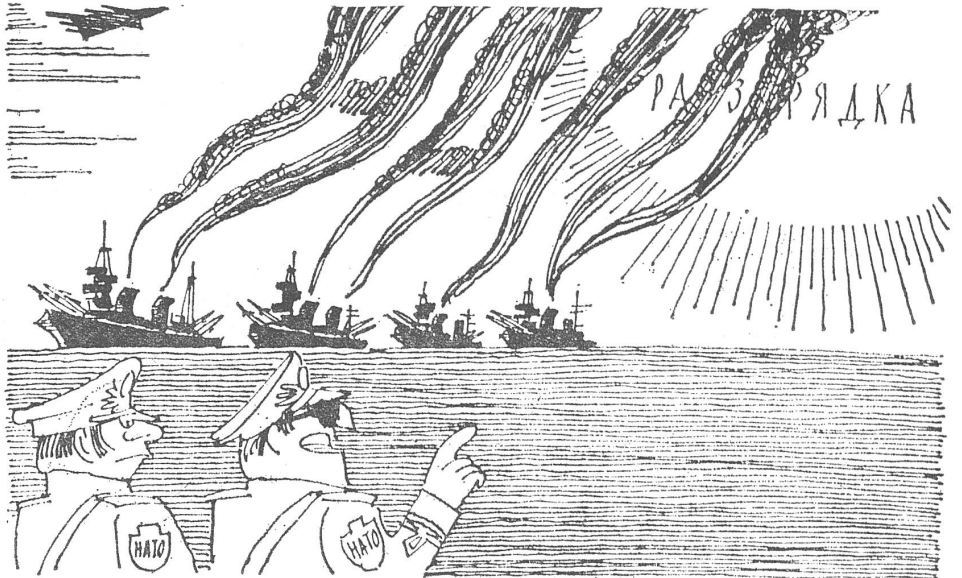
Für Draper (S. 9) besteht die Détente aus zwei Elementen. Einmal umfasst sie das Verhältnis USA—UdSSR und dann das Verhältnis dieser beiden Mächte zur übrigen Welt. Diese Beziehungen sollten so beschaffen sein, dass sie Vertrauen verdienen; dann hätte man die Grundlage einer richtigen Entspannung.

USA: Frieden, um den Krieg zu vermeiden.

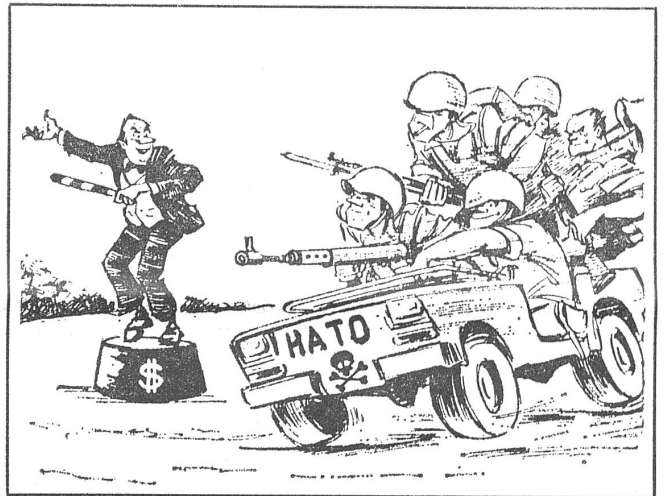
UdSSR: Frieden, um den Sieg zu erringen.

Indessen ergibt sich aus der Analyse der internationalen Lage, dass «die Zielsetzungen der beiden Seiten einfach nicht reziprok sind» (Marshall, S. 84).

Die USA gehen davon aus, dass ein Krieg zur gegenseitigen Zerstörung führen würde, und von daher unterstellen sie, dass die Konfliktvermeidung «folglich» auch das erstrangige Ziel der Sowjetunion sein müsse. Nur halten sich die So-

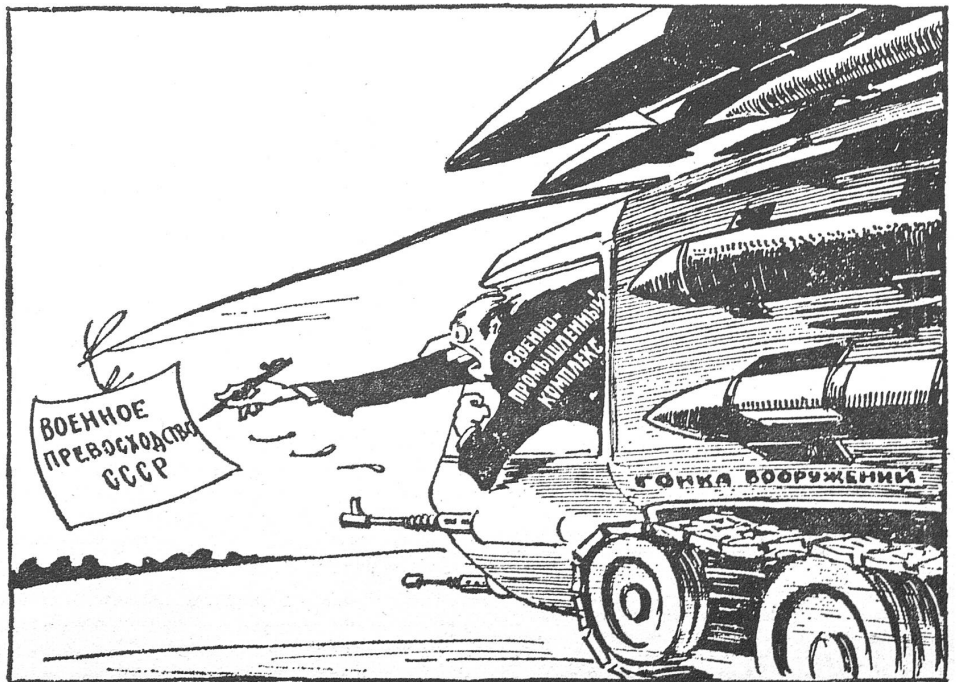


Oben: Vor der Sonne der Entspannung die Nato-Flotte (die sowjetische Kriegsmarine gehört wohl zu den Sonnenstrahlen): Schatten am helllichten Tag. («Prawda», 8. 8. 1978)



Rechts: Der kapitalistische Verkehrspolizist zum Nato-Jeep (mit Emblem der Waffen-SS!): «Schneller, meine Herren, dort drüben verhandelt man wieder über Sicherheit.» («Sozialisticheskaja industrija», Moskau, 18. 8. 78)

Unten: Am Steuer vom «Rüstungswettlauf» fährt die «Rüstungsindustrie» den selbstverkündeten «Militärausgaben der UdSSR» nach. («Prawda», 31. 7. 1978)



wjets nicht an dieses westliche «Wissen». Ihnen geht es um den Sieg. Das ist die übergeordnete Konzeption, die als solche anerkannt und auch deklariert ist.

Gewiss wollen die Sowjets die «strategische» Konfrontation, den unmittelbaren grossen Krieg, durchaus im eigenen Interesse vermeiden, aber nicht — und hier liegt der Unterschied — durch ein «Gleichgewicht», sondern durch das Uebergewicht ihres Lagers. Die «Friedenskräfte», zu denen sie ihre Eroberungsheere zählen, müssen immer stärker werden, heisst es bei ihnen.

Und bei der Gegenseite? Ursprünglich war man sich in den USA einig, dass die Entspannung eine Grundlage der Stärke haben müsse. Aber inzwischen ist diese Einsicht zu einer Entspannungsinterpretation umgemodelt worden, wonach die Détente «die Demontierung der tragenden Elemente rechtfertigt» (Seabury, S. 241).

Moskau versteht (und erklärt) Entspannung und Salt als Folge der Schwächung seiner Feinde.

Aus dieser Sicht bedeutet die Entspannung denn auch keineswegs eine Aera der Entkrampfung, sondern eine «Politik, die der UdSSR konkrete Vorteile einbringen kann» (Shapiro, S. 225).

Détente als Waffe und als Entwaffnung

Die einzige Konzession, die sowjetischerseits gemacht wurde, besteht in der Zusicherung, keinen nuklearen Krieg auszulösen. Damit ist etwas, was gegenwärtig ohnehin ausserhalb der Wahrscheinlichkeit steht, sozusagen «offiziell» verhindert. Nicht verhindert ist der übrige Krieg. Die Sowjets führen ihn, da deswegen kein nuklearer Krieg droht, sogar erst recht. Sogar als militärische Feldzüge (Afrika) unter der «Reizschwelle» (wo ist sie genau?) und dann auf jeden Fall in allen politischen Dimensionen. Die Auswirkung der Entspannung auf die militärische Vorbereitung der UdSSR ist völlig ausgeblieben (Shapiro, S. 218, 219, 222, 234).

Malcolm Toon, der profilierte Botschafter der USA in Moskau, hat am 15. September 1978 in Philadelphia das amerikanische Verhältnis zur Sowjetunion beleuchtet:

«Ich sehe ein Land, das sich vorrangig dem militärischen Aufbau widmet und dazu neigt, weltweit mit seinen politischen Muskeln zu protzen. (...) Ich sehe Probleme vor uns, besonders wenn wir nicht eine vernünftige Politik verfolgen, die von unsern eigenen Interessen ausgeht und sich mit der Sowjetunion realistisch auseinandersetzt. (...) In den 70er Jahren hat sich ein falsches Verständnis vom Charakter der Entspannung und der mit ihr identifizierten Politik herausgebildet. Wir wurden Opfer einer unkritischen und unüberlegten Euphorie. (...) Entspannung bedeutet das, was das Wort sagt: ein Nachlassen von Spannung. Wir sollten es unterlassen, mehr in den Begriff hineinzulesen.»

Menschenrechte in der Sowjetunion



ZABELISCHENSKY: „Während die UdSSR sich damit brüstet, ein Inbegriff der Demokratie zu sein, ist sie in Wirklichkeit nichts anderes als ein riesiges Konzentrationslager.“

HARDMANN / WIPPERMANN (Hrsg.)

24 Zeugen

Dokumente des Terrors
Sacharow-Hearing Kopenhagen

280 Seiten, 32 Bildtafeln, hochglanzkaschiert,
DM 26,-

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG: Die Verhandlungen des Sacharow-Hearings sind jetzt als Buch zu dokumentarischer Form zusammengefaßt. Es ist eine Art umfassendes Kompendium zum Thema Menschen- und Bürgerrechte in der Sowjetunion geworden mit Einzelbeiträgen von 24 Sprechern, die zumeist aus eigener Erfahrung berichten und, der Anregung Sacharows folgend, ein »ungeschminktes Bild der Verhältnisse in der Sowjetunion« geben. Die Themen teilen sich in die Gruppen Menschen- und Bürgerrechte allgemein, Situation der Gläubigen, Behandlung der nationalen Minderheiten von den Letten bis zu den Armeniern, schliesslich medizinische Torturen, denen Dissidenten unterworfen werden. Beim Umblättern mache man sich auf Fotos gefaßt, die gelegentlich das Blut erstarren lassen. Ziel der Veröffentlichung ist, auf die Notwendigkeit aufmerksam zu machen, daß der Entspannung im Kreis der Diplomaten auch eine Entspannung im Herrschaftsstil der kommunistisch regierten Länder entsprechen müsse.

Es kommt darauf an, sich nicht einlullen zu lassen, sondern der ungeschminkten Wahrheit ins Auge zu sehen

✂ **Bestellschein** ✂

An die Buchhandlung SOI, Postfach, 3000 Bern 6

Ich bestelle

..... Ex. «24 Zeugen», 280 Seiten, 32 Bildtafeln, hochglanzkaschiert,
zum Preis von je Fr. 27.40.

Name	Straße, Hausnummer
Postleitzahl, Ort	Unterschrift

Das sowjetische Ziel besteht laut Marshall (S. 85) darin, «sich durchsetzen zu können, ohne dafür kämpfen zu müssen. Das setzt ein Machtniveau voraus, das automatisch einschüchtert».

Wie praktikabel dieser Kurs ist, zeigt sich an der Weigerung westlicher Kreise, auf sowjetische Vertragsbrüche zu reagieren. Für die Sowjets hat die Entspannung ihren Wert als politische *Waffe*. «Defending America» erzwingt die Frage, ob es eine Entspannung und eine gegenseitige Rüstungsbeschränkung wirklich gibt. Was es zweifellos gibt, das ist die «Entspannungsrhetorik» westlicher Politiker, die Gefangene ihrer Losungen geworden sind und so handeln, als ob die Tatsachen mit ihrer Werbung übereinstimmten (Rostow, S. 59—60).

Die Sowjets sind im Interesse der Entspannung zu keinen Zugeständnissen bereit und haben auch keine gemacht. Gefordert werden sie immer nur vom Westen. Wie Draper ironisch anmerkt: «Einseitige Konzessionen setzen keine diplomatischen Fähigkeiten voraus.»

Menschenrechtsfrage – das Indiz für das Grundverhältnis

Ueber das Ausmass «gemeinsamer Anliegen» von West und Ost muss vor allem das sowjetische Verhalten gegenüber Demokratisierungsversuchen in ihrem Land und ihrem Lager Auskunft geben.

«Die Menschenrechte in der UdSSR gehen uns nicht nur des Prinzips wegen an», sagt Conquest (S. 205). Vielmehr «gibt uns die sowjetische Behandlung der Menschenrechtsfrage ein überaus gutes Indiz zu ihrer politischen Einstellung» überhaupt. Das offenbart «das Wesen der politischen Kultur». Man darf und muss auf die Bürgerrechte pochen. Der Grad ihrer Nachachtung vermittelt uns ein Kriterium für «unser Gesamtverhältnis zur Sowjetunion» (Conquest, S. 205, 208). Professor Grossmans Ausführungen zu den wirtschaftlichen Beziehungen («sie statten unsere Diplomatie mit effektiven Verhandlungsgrundlagen aus», S. 78) sind besonders aktuell.

**Die Wirtschaftsbeziehungen:
Wenn schon, dann schon**

Es gibt keinen Grund, weshalb man auf sowjetisches Feindverhalten nicht auch mit ökonomischen Mitteln reagieren dürfte. Die Sowjetunion ist kein beliebiges Land. Der Handel ist weder an sich ein «neutrales Instrument», noch führt er notwendigerweise zum Frieden (S. 78).

Ein Junktim, das Prinzip, auf einem gegebenen Gebiet dem Partner nur dann etwas zu gewähren, wenn er einem dafür auf einem andern Gebiet entgegenkommt, hat methodisch viele Anwendungsmöglichkeiten. Und ein Junktim zwischen Handel und Politik ist nicht nur grundsätzlich zu rechtfertigen, sondern erweist sich auch in etlichen konkreten Fällen als wirksames Mittel (S. 65).

Für das Aufstellen eines Junktims im Umgang

Autoren natürlich auch den rüstungspolitischen Aspekten der amerikanischen Position in der Welt.

Als unerlässlich erweist sich eine Anpassung an die Tatsachen der militärischen Aufrüstung, welche die Sowjets in der Zeit der Entspannung geschaffen haben. Beeindruckend sind besonders die relativ neuen Mittel der sowjetischen Machtprojektion, wie zum Beispiel die Kriegsmarine (Polmar, S. 194—195, Rostow, S. 58). Um das abhanden gekommene Gleichgewicht wiederherzustellen, werden rüstungspolitische Massnahmen im Westen unerlässlich.

Und schliesslich das «Wettrüsten»

Wieso ist in den vergangenen Jahren die Störung des Gleichgewichts überhaupt möglich geworden? Technisch-konkrete Gründe lassen sich in den Unzulänglichkeiten der Salt-Verhandlungen

der Auslagen für strategische Waffensysteme im Westen. Wenn man das bloss inflationsbedingte Plus abzieht, ergibt sich, dass die Ausgaben ebenfalls 1952 ihren Höhepunkt erreicht hatten. Seit her ist bis 1976 ein Rückgang um nicht weniger als 75 Prozent (!) zu verzeichnen. Der gleiche Trend lässt sich feststellen, wenn man als Kriterium vom diesbezüglichen Kostenanteil am Brutto sozialprodukt ausgeht (S. 141—143).

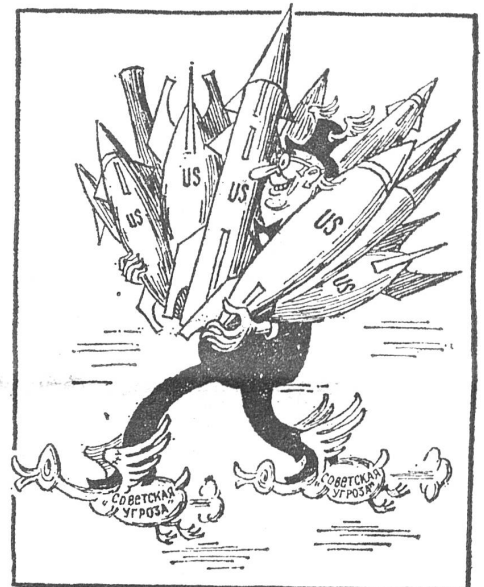
Auch hier erweist sich die Hürde vornehmlich nicht als materiell, sondern als psychologisch. Zu ihrem Aufbau hat viel Unkenntnis plus einige Desinformation beigetragen.

*

Für den Westen geht es darum, sich aus seiner lähmenden Selbsttäuschung zu befreien. Dazu müssen wir wieder lernen, die Realitäten als solche anzuerkennen und nicht bloss als Projektion schönwestlicher Denkmuster.



Die 6. amerikanische Flotte (im Mittelmeer) und die 7. amerikanische Flotte (im Pazifik): zwei Schuhe machen ein Paar. («Prawda», 11. 8. 1978)



Der zeitgenössische Merkur und seine Flügelchen: Enten der sowjetischen Gefahr. («Prawda», 6. 9. 1978)

mit den sowjetischen Machthabern spricht die Ueberlegung, dass ihre Manövrierfähigkeit angesichts der beschränkten Ressourcen ihrer Wirtschaft nicht unbegrenzt ist. Der Westhandel bietet ihnen eine Entlastung im allgemeinen und die Möglichkeit zur Verlagerung der landeseigenen Mittel in die Rüstung im besonderen (S. 74). Die sowjetischen Breitseiten gegen westliche Handelsbeschränkungen zeigen die Richtigkeit dieser Betrachtungsweise.

Obwohl Grossman im Handel als Instrument eines Junktims die entsprechenden Vorteile erkennt, lässt er durchblicken, dass er auch die grundsätzlichen Gefahren sieht.

Der Osthandel schliesst nämlich bestimmte Risiken mit ein: «Er trägt zur militärischen Macht der Sowjetunion bei; er macht politische Erpressung durch Drohung mit der Nichterfüllung von Lieferverpflichtungen oder mit dem Aufschub von Schuldentilgung möglich; (er kann im Westen selbst) Interessengruppen schaffen, welche (...) die Bewegungsfreiheit unserer Aussenpolitik einengen.» (S. 66)

Zusammenfassend lässt sich also vielleicht die Faustregel aufstellen: Wenn schon Osthandel, dann im Junktim mit der Politik.

Da keine wirksame Aussenpolitik ohne Machtmittel möglich ist, gilt die Aufmerksamkeit der

suchen und finden. Aber dazu kommt ein Irrtum, der sozusagen zur geheiligten Tradition geworden ist. Zu diesem Punkt äussert sich insbesondere Albert Wohlstetter. Man hat die Rüstungsziele der UdSSR nicht nur fallweise und nicht einmal nur summiert unterschätzt, sondern auch systematisch. Und zwar deshalb, weil man ihre politischen Motive missverstanden hat. Die Fehlbeurteilung entstand dadurch, dass man Motive der USA auf die Sowjetunion projizierte und dann ihre Bedürfnisse aus den Resultaten dieser Uebertragungsmechanismen errechnete. Obwohl sich die Untauglichkeit solcher Prognostizierung eigentlich immer wieder durch die weitere Entwicklung erwies, weigerte man sich, den Irrtum zuzugeben und die Schlussfolgerungen daraus zu ziehen (S. 132—133).

Zur Anpassung an das sowjetisch geschaffene Fait accompli ist die Ueberwindung zweier irrtümlicher Vorstellungen erforderlich.

Erstens ist es nicht wahr, dass das strategische Waffenarsenal der USA ständig grösser wird. Die Megatonnenkraft hatte ihren Höchststand 1952 erreicht; seither hat sie um etwa 60 Prozent abgenommen. Analog verhält es sich mit der Zahl der Trägerraketen (S. 137, 140—141).

Ebenso falsch ist zweitens das verbreitete «Wissen» über das angeblich unaufhörliche Wachstum



Die amerikanische Umstellung von «Entspannung» auf «Konfrontation»: Der kleine Unterschied. («Prawda», 26. 8. 1978)